Bericht

über die sozialdemokratische Frauenkonferenz in München

am 13. und 14. September 1902.

Erster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, die, ebenso wie vor zwei Jahren in Mainz vor dem allgemeinen Parteitag der Sozialdemokratie einberufen worden ist, trat im Kreuzbräu zu München zusammen. Es sind ungefähr 25 Delegirte erschienen, darunter auch eine Anzahl Männer, die von Frauenorganisationen mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt sind. Als Vertreterinnen der österreichischen sozialdemokratischen Frauenbewegung sind erschienen Frau Popp und Frau Schlesinger-Eckstein.

Nachdem Frl. Baader-Berlin als Einberuferin die Konferenz für eröffnet erklärt hatte, begrüßte v. Vollmar die Erschienenen im Namen der Münchener Sozialdemokratie.

Fräulein Baader: Auch ich richte einige Worte des Willkommens an die Anwesenden. Wir sozialdemokratischen Frauen erstreben innerhalb der Partei nichts Besonderes, sondern wollen gerade für die Sozialdemokratie die Frauen als Anhängerinnen werben. Vor zwei Jahren in Mainz wurde überhaupt erst eine planmäßige Agitation unter den Frauen eingeleitet. Seit jener Mainzer Konferenz ist manches Gute geschehen, die Rathschläge, die dort gegeben worden sind, haben gut gewirkt; die gemachten Erfahrungen haben uns aber gezeigt, daß wir nicht still stehen dürfen. Sie haben uns dazu gebracht, jetzt wiederum eine Konferenz einzuberufen. Neue Fragen sind seitdem aufgetaucht, eine wichtige und ernste Arbeit steht uns bevor. Ich begrüße Sie zu dieser Arbeit und hoffe, daß unsere heutigen Beschlüsse wiederum einen Fortschritt bedeuten werden. Rednerin gedenkt darauf des Todes der Genossin Eichhorn-Dresden in einem warmen Nachruf. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der verstorbenen Genossin von ihren Plätzen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. In das Bureau werden Frau Zetkin als erste Vorsitzende, Fräulein Baader als zweite Vorsitzende und Frau Zietz-Hamburg als Schriftführerin einstimmig gewählt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden die Genossinnen Greifenberg, Kähler und Panzeram gewählt und die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

1. Thätigkeitsbericht.
2. Wie bilden wir Agitatorinnen aus?
3. Gesetzlicher Schutz der Frauen-, Kinder- und Heimarbeit.
4. Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes.
5. Verschiedenes.

Den Thätigkeitsbericht erstattet als Zentral-Vertrauensperson Fräulein Baader: In Mainz war beschlossen, daß die Zentral-Vertrauensperson immer auf der Konferenz gewählt werden solle. Mein Mandat hat zwei Jahre gedauert, da es sich im ersten Jahre, wo das Thätigkeitsfeld der Genossinnen noch beschränkt war, nicht empfahl, eine Konferenz einzuberufen. Eine Umfrage bei den Genossinnen stellte das fest. Die wichtigste Aufgabe im abgelaufenen Zeitraume war, das System der Vertrauenspersonen auszubauen. Es wurde ein Regulativ als Wegweiser für die Thätigkeit der Vertrauenspersonen geschaffen.

Wir haben gute Erfahrungen mit diesem System gehabt. Auf unsere Anregung hin waren im Januar 1901 bereits in 25 Orten weibliche Vertrauenspersonen gewählt, deren Zahl jetzt bereits auf 54 gestiegen ist.

Das Zusammenarbeiten mit den Genossen hat sich im Laufe der zwei Jahre wesentlich gebessert; wenn auch noch nicht überall die Frauen sich des vollen Wohlwollens der Genossen erfreuen. Die Mainzer Konferenz hat in ihrem Regulativ der sozialdemokratischen Frauenbewegung die nothwendige Richtschnur für ihre Thätigkeit gegeben. Ich habe es mir insbesondere angelegen sein lassen, daß Agitationsversammlungen für den Arbeiterinnenschutz abgehalten wurden. Die weiblichen Vertrauenspersonen haben in den einzelnen Staaten und Städten die Agitation in großem Maßstabe betrieben. An vielen Orten, wo bisher die Frauen der Sozialdemokratie noch nicht zugänglich waren, hat unsere Agitation gute Erfolge gehabt. Weiterhin sind gegen den Lebensmittelwucher, wie ihn der neue Zolltarif beabsichtigt, zahlreiche Agitationstouren und Einzelversammlungen veranstaltet worden und es sind die Massenpetitionen gegen den Zollwucher auch von zahllosen Frauen unterschrieben worden. Leider giebt es nun auch noch Länderstriche, deren proletarische Frauen so arm sind, daß sie nicht einmal die Kosten für die Reisen unserer Agitatorinnen aufbringen konnten. In solchen Gegenden habe ich als Zentral-Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands selbst Agitationstouren, deren Kosten unsere Zentralkasse übernommen hat, veranstaltet. So habe ich eine Agitationstour in den armen Gegenden Thüringens, in der Heimath der Spielwaaren- und Griffelindustrie, unternommen, wobei mich die dortigen Genossen in anerkennenswerther Weise unterstützt haben. Auch in Schlesien hat eine Agitationstour stattgefunden. Die Kosten der gesammten geleisteten Agitation wird von unserer Zentralkasse geleistet werden; wir brauchten die allgemeine Kasse der sozialdemokratischen Partei nicht in Anspruch zu nehmen. Vor der Mainzer Konferenz waren wir nicht in der Lage, unsere Agitation auf eigene Kosten zu bewältigen. Für Agitationstouren und andere Versammlungen sind in den letzten zwei Jahren aus unserer Zentralkasse 1705,55 Mk. ausgegeben worden. Auch die schriftliche Agitation ist nicht vernachlässigt worden. Ueber die Fragen des Arbeiterschutzes und des Lebensmittelwuchers sind Flugblätter ausgearbeitet worden. Wir hatten ja zu diesem Zweck auf der Mainzer Konferenz eine besondere Fünfer-Kommission in Berlin gewählt, die inzwischen wieder aufgelöst worden ist. Das Flugblatt über den Arbeiterinnenschutz ist in 100 000, das gegen den Zollwucher in 400 000 Exemplaren verbreitet worden. Die Genossen sind für eine Verbreitung dieses Flugblattes unter den Frauen ihres Bezirkes bereitwilligst eingetreten. In jüngster Zeit ist es ja den westfälischen Genossinnen auch endlich gelungen, öffentliche Volksversammlungen abzuhalten. Ich habe weiter die Broschüre der Frau Fürth über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen in einer Anzahl von Exemplaren angeschafft und sämmtlichen Vertrauenspersonen zugeschickt. Eine Hauptaufgabe der weiblichen Vertrauenspersonen ist es, die Kenntniß des sozialdemokratischen Programms zu fördern. Deshalb habe ich das Programm mit den Erläuterungen von Kautsky und Schoenlank in größerer Anzahl angeschafft und an die Vertrauenspersonen gelangen lassen. Wir müssen von den Grundsätzen und Zielen unserer Partei mindestens ebenso durchdrungen sein wie die christlichen Frauen von der Kenntniß der zehn Gebote. Ich habe ferner den Frauen Rathschläge zu ertheilen versucht über die Ausgestaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Die Frauen sollen mit den Gewerkschaften in Beziehungen treten und die sie berührenden Fragen in gemeinsamen Werkstätten-Versammlungen erörtern und berathen. Alle diese Ziele lassen sich ohne eine feste Organisation der Frauen nicht erreichen. Viele Anfragen sind an mich ergangen betreffs der Bildung von Frauenbildungsvereinen. Ich habe auf diese Frage geantwortet, daß die Genossinnen sich überall nach dem Vereinsgesetz ihrer Länder einrichten müssen. In Preußen und Bayern dürfen die Frauen nicht

Mitglieder politischer Vereine sein. Aber es giebt auch eine große Anzahl von gänzlich unpolitischen Fragen, die die Proletarierfrauen interessiren. Solche unpolitische Fragen können mit Nutzen in den Frauenbildungsvereinen erörtert werden. Eine weitere Aufgabe erwächst uns daraus, daß die Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung nicht überall in den Fabrikbetrieben innegehalten werden. Aus dieser Erfahrung heraus ist in Berlin eine sogenannte Beschwerdekommission geschaffen, die von den Arbeiterinnen Beschwerden entgegennimmt und den Fabrikinspektoren übermittelt.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß außer in Thüringen und Schlesien Agitationstouren im sächsischen Vogtlande, in der Rheinprovinz u. s. w. stattgefunden haben. Versammlungen sind auch in Ostpreußen, Sachsen-Altenburg &c. abgehalten worden. Somit hat im Ganzen die Bewegung unter dem weiblichen Proletariat große Fortschritte gemacht. Uns fehlt es aber immer noch an Rednerinnen und an verschiedenem Anderen. Diejenigen Genossen, in deren Kreisen immer noch ein gewisser Widerwille gegen unsere Bewegung herrscht, werden wohl von ihrem Standpunkt bald zurückkommen. Die Frauenbewegung ist nur ein Theil der allgemeinen Arbeiterbewegung; unsere Agitation muß aber in mancher Beziehung anders geartet sein wie diejenige unter den Männern. Unser Ziel ist, die Massen des weiblichen Proletariats dem Sozialismus zuzuführen! (*Lebhafter Beifall.*)

Auf Vorschlag der Vorsitzenden Frau Zetkin wird die Berathung eines Antrages der Genossin Weiß-Düsseldorf:

> Zur besseren Regelung der Organisation und Agitation unter den Frauen ist eine Person anzustellen mit dem Sitz in Berlin

mit der Diskussion über den Thätigkeitsbericht verbunden.

Ebenso folgender Antrag der Kölner Genossinnen:

> Es sind bestimmte Beiträge festzusetzen, die von den einzelnen Vertrauenspersonen an die Zentralvertrauensperson jährlich abzuliefern sind.

Zur Begründung ihres Antrages weist Frau **Weiß**-Düsseldorf darauf hin, daß eine besoldete Beamtin ihre Zeit ausschließlich der Organisation und Agitation widmen könne. Die Bewegung sei so groß, daß der Posten nicht mehr im Nebenamte versehen werden könne. Die Agitationstouren müßten rechtzeitig bekannt gegeben und auf längere Zeit ausgedehnt werden.

Fräulein **Baader** erwidert, daß die Agitationstour in der Rheinprovinz nicht früher angezeigt und nicht länger ausgedehnt werden konnte. Die Arbeit einer Zentralvertrauensperson ist schwer. Auch eine besoldete Beamtin in Berlin kann die Agitation in Düsseldorf nicht persönlich betreiben. (Zustimmung.) Die Bezahlung spielt dabei keine Rolle.

Frau **Wehmann**-Leipzig: Im Einverständniß mit dem Gewerkschaftskartell ist in Leipzig eine Beschwerdekommission eingesetzt worden, die eine segensreiche Thätigkeit entfaltet hat. So ist festgestellt worden, daß Mädchen unter 18 Jahren gegen das Gesetz bei der Vulkanisirung von Gummi mitarbeiten, die im höchsten Maße gesundheitsgefährlich ist. Nach den Vorschriften, die der Bundesrath zum Schutz der Gesundheit der Arbeiterinnen erlassen hat, soll in diesen Fabriken nach 2 Stunden Arbeit immer eine Stunde Pause eintreten. Was geschieht aber? Als eine solche Pause gilt auch die Mittagspause. Die übrigen Pausen werden in der Art eingehalten, daß die Arbeiterinnen zwar den Saal, wo vulkanisirt wird, verlassen, aber nur, um in einem Saale weiter zu arbeiten, in dem mit gesundheitsgefährlichen Benzindämpfen hantirt wird. Die Assistentin des Gewerbeinspektors, Fräulein Sedlmayer, erklärte, daß der Gewerberath nicht einschreiten könne, weil dem Wortlaut des Gesetzes Genüge geschehe. — Fräulein Baader habe ihre Arbeit zu aller Zufriedenheit geleistet. (*Lebhafte Zustimmung.*) Der Antrag Düsseldorf sei unannehmbar.

Frau **Greifenberg**-Augsburg wendet sich gleichfalls entschieden gegen den Antrag Düsseldorf. Wenn es mit den Agitationstouren gelegentlich nicht ganz

habe, so liege die Schuld an der Saumseligkeit mancher Ortsvertrauenspersonen im Schreiben. (Zustimmung.) Eine bezahlte Sekretärin könne diesen Mißstand nicht beseitigen. Der Kölner Antrag sei sehr gut gemeint, aber leider nicht durchführbar. (Bravo!)

Frau **Wehl**-Berlin: Wir können nicht, wie die bürgerlichen Frauen, unsere Tage, sondern nur unsere Abende und Nachtstunden der Agitationsarbeit zur Verfügung stellen. Eine besoldete Sekretärin kann den Mangel, auf den hingedeutet worden, nicht beseitigen, sie kann doch nicht die Vertrauenspersonen in der Provinz wie Marionetten am Faden halten. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten wir genügend Geld, so würde es sich vielmehr empfehlen, daß in allen Städten Frauen besoldet würden, die ihre Arbeitskraft unserer Bewegung zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Fräulein Baader hat ihr Amt ausgezeichnet ausgefüllt; sie hat nicht erklärt: Es geht nicht mehr, ich kann die Arbeit nicht mehr im Nebenamt erledigen. Der Düsseldorfer Antrag ist deshalb überflüssig. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Kähler**-Chemnitz: Der Bericht der Genossin Baader beweist, daß sie ihr schwieriges Amt in einer bewunderungswürdigen Weise ausgefüllt hat. Von auswärts sind durchaus keine Klagen eingegangen. Eine besoldete Person in Berlin würde dem ganzen Lande wenig nützen, sie würde wahrscheinlich nur Vertrauensperson für Berlin werden. (Sehr richtig!) Ich bitte, den Antrag Düsseldorf, den ich für verfrüht halte, abzulehnen.

Frau **Weiß**-Düsseldorf befürwortet nochmals ihren Antrag, der keineswegs bedeuten solle, daß die Thätigkeit Fräulein Baader's nicht die größte Anerkennung verdiene. Aber eine Frau, deren ausschließliche Thätigkeit der Agitation und der Arbeit für die Frauenbewegung gewidmet sei, könne doch in höherem Maße für rasche Erledigung aller Aufgaben sorgen.

Frau **Wackwitz**-Dresden erklärt sich im Namen der Dresdener Genossinnen gegen den Antrag Weiß.

Frau **Lily Braun**-Berlin: Der Düsseldorfer Antrag enthält in keiner Weise eine Aberkennung der großen Verdienste der Genossin Baader. Diesen Eindruck möchte ich nicht aufkommen lassen. Der Antrag hat nur zum Zweck, entweder unsere Zentralvertrauensperson in gewisser Weise für ihre Mühe und Aufopferung zu entschädigen, damit sie nicht anderweitig ihre Zeit zum Broterwerb verwenden muß, oder der Zentralvertrauensperson eine besondere bezahlte Person zur Seite zu stellen. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Geldfrage. Es wäre durchaus nicht anmaßend, wenn wir von unserer Parteileitung erwarten, daß sie uns das Geld dafür giebt. Das wäre unser gutes Recht; wir arbeiten doch Alle in der sozialdemokratischen Bewegung. Wie die Partei zwei männliche Sekretäre anstellt, so könnte sie auch eine weibliche Hilfskraft unserer Zentralvertrauensperson zur Seite stellen oder der letzteren eine gewisse Summe als Entschädigung aussetzen. Was unser Verhältniß zu den Genossen anlangt, so thut man den Männern vielfach Unrecht. Wir müssen nur immer aufs Neue beweisen, daß wir keine Sonder-Frauenbewegung wollen, dann werden die Männer uns anerkennen und überall, wo es nöthig ist, unsere Hilfe fordern. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Zietz**-Hamburg: Die Nothwendigkeit, der Vertrauensperson eine bezahlte Hilfskraft beizugeben, hat sich bisher nicht herausgestellt. Die Anstellung einer bezahlten Sekretärin in Berlin würde die Schwierigkeiten der Agitation nicht aus der Welt schaffen. (Sehr richtig!) Diese Schwierigkeiten liegen vielmehr in dem Mangel an Zeit bei den Vertrauenspersonen in den einzelnen Orten. Die Durchführung des Düsseldorfer Antrages würde uns wahrscheinlich schwer enttäuschen. Was wird von dieser Person nicht Alles verlangt! Sie soll der General-Arrangeur der Agitation für ganz Deutschland und die litterarische Zentralstelle für alle agitatorisch thätigen Genossinnen sein. Aber das litterarische Material, das wir brauchen, wird uns schon jetzt von den

Arbeitersekretariaten und den Redaktionen unserer Parteizeitungen aufs Bereitwilligste zur Verfügung gestellt. Gerade das fördert die gemeinsame Arbeit mit den Genossen. Was die Worte der Genossin Braun anlangt, so haben wir doch nirgends den Versuch gemacht, eine besondere Bewegung im Gegensatz zur allgemeinen Bewegung zu machen. Nur mit Rücksicht auf die Arbeitstheilung wünschen wir eine besondere Frauenagitation. Die bezahlte Sekretärin müßte ferner überall dort, wo die Genossinnen mit der Agitation noch nicht recht Bescheid wissen, die Sache ins rechte Gleis bringen. Das wäre ein Uebermaß von Arbeit. Jedenfalls haben aber diejenigen Genossinnen, die nur ab und zu etwas von sich hören lassen, sonst aber praktisch so gut wie garnicht arbeiten, das Vertrauen der übrigen Genossinnen nicht, die könnten wir für eine solche Stelle nicht gebrauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem Erfolg unserer Agitation bin ich im Allgemeinen zufrieden. Abgesehen von Einzelheiten haben wir auch überall die nöthige Unterstützung der Genossen gefunden. Erstrebenswerth ist die Einrichtung einer besonderen Rubrik für die Frauenbewegung in unseren Parteiblättern, wie sie im „Vorwärts" schon lange besteht. Auch das „Hamburger Echo" haben wir ersucht, eine solche ständige Rubrik einzurichten. Das war nun zwar aus technischen Gründen nicht zu ermöglichen, dagegen hat das Blatt alle von uns eingereichten Arbeiten gern abgedruckt.

Damit schließt die Diskussion über den Thätigkeitsbericht. Der Düsseldorfer Antrag wird gegen 2 Stimmen, der Kölner Antrag gegen 1 Stimme abgelehnt. Der Zentral-Vertrauensperson, Fräulein Baader, wird einstimmig Decharge ertheilt.

Vorsitzende Frau Zetkin begrüßt in herzlichen Worten die beiden Vertreterinnen Oesterreichs, worauf Frau Popp namens der österreichischen Arbeiterinnenbewegung und der Parteileitung und Frau Dr. Schlesinger als Vertreterin des Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen Wiens in längeren Ausführungen danken.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung: Wie bilden wir Agitatorinnen heran?

Frau Zietz-Hamburg: Hätten wir einen Nürnberger Trichter, dann wäre die Frage sehr einfach gelöst. (Heiterkeit.) So aber ist der Zuwachs an Frauen gering, die die Grundsätze des Sozialismus in einfacher und klarer Weise öffentlich verbreiten können. Während es sich mit dem Fortfall des Sozialistengesetzes überall regte, treten jetzt wenig neue Agitatorinnen hervor. Die Bewegung hat sich vertieft und es werden jetzt andere Anforderungen als früher an die Agitatorinnen gestellt. *Die Mannschaften sind da, aber die Offiziere fehlen.* Deshalb ist das vorliegende Thema sehr aktuell. Wo die Vereinsgesetze die Theilnahme von Frauen an sozialdemokratischen Wahlvereinen gestatten, ist die politische Bildung der Frau erleichtert. In Hamburg haben wir nun einen Kreis von Frauen gebildet, mit denen wir das Programm in allen Einzelheiten besprochen und das Knochengerüst von Vorträgen entworfen haben, zu dem die Frauen dann das Fleisch hinzuthun mußten. So haben wir die Schüchternheit der Frauen überwunden und die Freude erlebt, daß jüngst eine Arbeiterin öffentlich einen Vortrag über die indirekten Steuern gehalten hat. So sollte es allenthalben geschehen, dann werden wir weiter kommen. (Bravo.)

Frau Wehmann-Leipzig: Wir haben unter Leitung der Genossin Duncker Leseabende gebildet, an denen Frauen Theil nehmen, die sich zu Agitatorinnen ausbilden wollen. Wir haben das Programm durchgenommen, ebenso Engels' Broschüre: „Von der Utopie zur Wissenschaft" und Kautsky's Broschüre über die Handelspolitik. Gemeinschaftlich haben wir dann die Disposition eines Vortrages ausgearbeitet, die Ausführungen wurden dann in einer späteren Sitzung vorgelesen. So ist wenigstens der Anfang gemacht.

Karl v. Oppel-Charlottenburg tritt für Unterstützung der Kleinagitation ein. Hauptgegnerin der Sozialdemokratie sei die Geistlichkeit aller Konfessionen.

Die Gesammtpartei müsse für die Ausbildung tüchtiger Agitatorinnen Geldopfer bringen. Als Gegenstände des Unterrichts für die Agitatorinnen bezeichnet Redner unter Anderem geographischen Unterricht, Gesang und weibliche Handfertigkeiten. Auch die Kenntniß von fremden Sprachen und Dialekten empfiehlt sich. Ebenso müssen die Umgangsformen gepflegt werden. Auch die Kleidung der Agitatorin verdient Beachtung. (Große Heiterkeit.) (Die Vorsitzende ersucht den Redner, zur Sache zu kommen.) Dazu kommt der Gebrauch des Du. (Große Heiterkeit.) Sie lachen schon wieder, ohne die Begründung zu hören. (Die Vorsitzende erklärt, daß auch diese Angelegenheit nicht zur Sache gehört.)

Frau Greifenberg-Augsburg begrüßt die Anregungen aus Leipzig und Hamburg. In Augsburg sind wir noch nicht so weit. Dort müssen wir die Frauen erst für die Bewegung begeistern. Erst in letzter Zeit kommen die Frauen häufiger in die sozialdemokratischen Versammlungen. Wir suchen mit ihnen in Verkehr zu kommen, und so ist es uns vor Jahresfrist gelungen, einen Frauenbildungsverein zu gründen, der beständig Fortschritte macht. Auch eine Rednerin, Frau Rollwagen, hat sich herangebildet und bereits zwei Vorträge über Lenau und den Werth der Bildung für die Frau gehalten. (Beifall.)

Frau Kähler-Chemnitz: Die Agitatorinnen können nicht aus dem Aermel geschüttelt werden. Es macht bei der Sondernatur der Frauen schon außerordentliche Mühe, sie zum öffentlichen Reden zu veranlassen. Die Rathschläge v. Oppel's führen uns nicht weiter. Heute können wir nur empfehlen, daß die Frauen dazu veranlaßt werden, sich in den allgemeinen Versammlungen an der Diskussion zu betheiligen. In Dresden spricht eine ganze Anzahl Genossinnen in den Gewerkschafts- und den politischen Versammlungen. Wir müssen den Frauen rathen, in allen Parteiversammlungen das Wort zu nehmen und sich eingehend mit der Parteiliteratur zu beschäftigen, und ihr Selbstvertrauen wecken.

Paul Müller-Hamburg: Reden, wie die des Herrn v. Oppel, können selbst Offiziere hinausgraulen. (Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, was für einen Hut die Agitatorin auf dem Kopf trägt, sondern was in ihrem Kopfe steckt. (Lebhafte Zustimmung.) Redner räth dringend dazu, Agitatorinnen für die Kleinarbeit heranzubilden. In allen größeren Betrieben, wo Frauen und Mädchen beschäftigt werden, sollten Vertrauenspersonen vorhanden sein, die, angeleitet von der Ortsvertrauensperson, Mitglieder für die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaften werben. Besondere Aufmerksamkeit muß der Vorbereitung von Wissen und Bildung durch die Presse geschenkt und der Schandpresse entgegengewirkt werden, die von den Frauen viel zu gern gelesen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Frl. Baader-Berlin hält die Theilnahme von Arbeiterinnen an den Werkstubensitzungen der Gewerkschaften für besonders werthvoll. Hier im kleinen Kreise, wo die Verhandlungen gewissermaßen einen familiären Anstrich haben, treten die Frauen leichter aus sich heraus und lernen reden. Wir müssen uns mehr als bisher die Einrichtungen, die schon in unserer Bewegung bestehen, zu Nutze machen. Besonders die Frauenbildungsvereine können in der Heranbildung von Agitatorinnen viel leisten. Unter den Agitatorinnen giebt es neben den Proletarierinnen auch Akademikerinnen, von denen wir wissen, daß sie ganz eins mit der Arbeiterinnenbewegung sind. Ich verweise nur auf die Genossin Zetkin, die doch auch eine akademisch gebildete Dame ist. Die steht uns nicht fern, die ist Fleisch von unserem Fleisch. Es giebt freilich auch akademisch gebildete Damen, die sich sonst um weiter nichts kümmern, die nur, um sich einmal zu zeigen, in einer großen Versammlung einen Vortrag halten. Diese Damen werden von den meisten Arbeiterinnen nicht verstanden. Das sind sogenannte Paradepferde, die wir nicht brauchen können.

Frau Schlesinger-Wien: Den Vorschlägen der Frau Zietz stehe ich etwas skeptisch gegenüber. Viel mehr halte ich von den Anregungen der Genossin

Wehmann, Leseabende mit Diskussionen abzuhalten. Freilich muß dabei mit populären Dingen angefangen werden, man muß mit den nächstliegenden Interessen beginnen. In Anwesenheit von Männern können viele Frauen sich schwer entschließen, das Wort zu nehmen, in reinen Frauenversammlungen trauen sich die Arbeiterinnen mehr heraus. Die Agitatorinnen, die aus bürgerlichen Kreisen kommen und nie in einer Fabrik gewesen sind, müssen von den Arbeiterinnen zunächst in aller Bescheidenheit lernen. (Zustimmung.) Ohne Kleinarbeit giebt es keine tüchtige Agitatorin. Wir müssen an einem Tisch mit den Arbeiterinnen sitzen, müssen sie und ihre Interessen im Privatgespräch kennen lernen. Erst wenn wir in ihre Ideenwelt hineingewachsen sind, dann erst können wir ihnen von unseren Ideen auch etwas mittheilen. (Sehr richtig!) Die akademisch gebildete Agitatorin muß wissen, wie viel die Arbeiterin ihr an praktischer Lebensarbeit überlegen ist und wie viel sie von ihr lernen kann. (Beifall.)

Darauf wird die Vormittagssitzung abgebrochen. Die Mandatsprüfungskommission tritt während der Mittagspause zur Prüfung der Mandate zusammen.

Vorsitzende Frau Zetkin theilt mit, daß eine telegraphische Sympathiekundgebung der Leipziger und Hamburger Genossinnen eingelaufen ist. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

Für die Mandatsprüfungs-Kommission berichtet Frau Kähler-Wandsbeck, daß außer den beiden österreichischen Delegirten aus Deutschland 20 Delegirte, 16 Frauen und 4 Männer mit ordnungsmäßigen Mandaten erschienen sind.

Nach längerer Diskussion wird der Grundsatz festgelegt, daß die allgemeinen Parteitags-Mandate nicht zugleich auch als Mandate für die Frauenkonferenz angesehen werden können; man müsse den Genossinnen das Recht wahren, durch Delegirte sich vertreten zu lassen, die an der Agitationsarbeit sich praktisch bethätigen, und dürfe es nicht dem Zufall überlassen, als Delegirte Genossen oder Genossinnen anerkennen zu müssen, die garnicht speziell zum Zwecke der Theilnahme an der Frauenkonferenz gewählt worden seien.

Darauf wird die Debatte über Punkt 2 der Tagesordnung: Wie bilden wir Agitatorinnen heran? fortgesetzt.

Frau Lily Braun: Man hat heute die alte Streitfrage über die Akademikerinnen unter den Agitatorinnen wieder angeschnitten. Meiner Ansicht nach kommt es nicht darauf an, aus welchen Kreisen man hervorgegangen ist, sondern welche Gesinnung man bethätigt und ob man überhaupt mit Allem, was man thut und leistet, für die Partei thätig ist. Von großer Wichtigkeit ist die Werkstubenagitation. Diese wird in Berlin in außerordentlich erfreulicher Weise betrieben. Man hat aber vielfach bürgerliche Frauen, die nicht auf dem Boden unserer Parteianschauung stehen, zu dieser Agitation zugelassen. Das sollte man gerade bei dieser ersten internen Agitation vermeiden. Diese Anschauung enthält keine Animosität gegen die bürgerliche Frauenbewegung, ich erkenne im Gegentheil an, daß die bürgerliche Frauenbewegung Fortschritte macht und uns auf andere Weise vielfach nützen kann. Lieber weniger Werkstuben-Agitation als Acceptirung der bürgerlichen Unterstützung!

Frau Zietz-Hamburg: Auf unseren Hamburger Diskussionsabenden handelt es sich vorzugsweise um die Einführung der Genossinnen in die Technik des Vortrages. Ihnen wird das Handwerkszeug in Bezug auf den logischen Aufbau und die Gliederung eines Vortrages gegeben. Als Vorstufe zu diesen Abenden sind die Leseabende zu empfehlen. Mit der Theilnahme bürgerlicher Frauen an den Werkstubensitzungen haben auch wir in Hamburg recht schlechte Erfahrungen gemacht. So rieth eine bürgerliche Dame den jungen Mädchen, die an einer Werkstubensitzung der Schneiderinnen theilnahm, doch lieber Dienstmädchen zu werden. Dazu hatten wir allerdings die Sitzung nicht abgehalten.

Frau Kähler-Chemnitz: Ich weiß wohl, daß wir in unserer Bewegung neben den Proletarierinnen auch akademisch gebildete Frauen gebrauchen. Ich scheine mit meinen Ausführungen von heute Vormittag mißverstanden worden zu sein.

Frau Wehl-Berlin: Auch in Berlin haben wir Diskussionsabende eingerichtet. Hoffentlich werden sie von Erfolg gekrönt. Die Ausführungen der Genossin Baader über die Akademikerinnen sind von Frau Braun doch wohl falsch verstanden. Gegen die Theilnahme bürgerlicher Frauen an den Werkstubensitzungen haben wir in Berlin stets Front gemacht, wir konnten aber nichts dagegen thun, wenn einzelne Genossinnen bürgerliche Damen — es waren zwei hervorragend in der Bewegung thätige Frauen — mit zu diesen Sitzungen herangezogen haben. Die beiden Damen haben dann, als der Bericht des Vereins Frauenwohl erschien, mit der „regen Werkstättenagitation" ihrerseits Reklame gemacht. Infolge dessen mußten die Genossinnen sich von selbst von diesen Damen zurückziehen; sie haben sich dabei so sehr die Finger verbrannt, daß sie sich in Zukunft wohl hüten werden, noch eine Bürgerliche hinzuzuziehen. Im Uebrigen bietet gerade die Werkstättenagitation die mannigfachste Gelegenheit zur Aneignung sozialpolitischer Kenntnisse.

Paul Müller-Hamburg: Es ist erwünscht, daß die Verhandlungen über diesen Punkt mit einem praktischen Resultat abschließen. Ich würde es deshalb für richtig halten, daß die Konferenz beschließt, daß von der Zentral-Vertrauensperson unter Hinzuziehung weiterer hervorragend in der Frauenbewegung thätiger Genossinnen ein Leitfaden über die praktische Agitation unter den Frauen ausgearbeitet werde. Dieser Leitfaden müßte genaue Auskunft über die bisher in der Frauenbewegung praktisch gemachten Erfahrungen geben.

Hoffmann-Hamburg: Die sogenannten Unterhaltungs- oder Leseabende haben keinen Zweck, wenn die nöthigen Kräfte nicht vorhanden sind. Der Schwerpunkt der Agitation muß in den Kreisen liegen, in denen Frauen und Mädchen beruflich thätig sein müssen. Erst nach der gewerkschaftlichen Organisation kann die politische kommen. Das habe ich an mir selbst erfahren.

Frau Thiel-Tempelhof: Im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg fehlt es nicht an Agitatorinnen, sondern an der Kleinarbeit in der Agitation. Damit aber muß der Anfang gemacht werden. Nach und nach werden sich vielleicht auch Genossinnen heranbilden, die Vorträge halten können.

Frau Zetkin: Der Schwerpunkt der Agitation liegt in der politischen wie gewerkschaftlichen Kleinarbeit. Auf ihr baut sich unsere ganze Bewegung auf. Durch planmäßiges Vorgehen müssen wir unseren Genossinnen die nöthigen Kenntnisse zur Agitation vermitteln. Es kann aber nicht der Zweck unserer Konferenz sein, ein einziges Allheilmittel für die Agitation ausfindig zu machen. Diejenigen Genossinnen, die von dem glühenden Wunsche erfüllt sind, als Agitatorinnen thätig zu sein, sollten von uns mit den nöthigen Mitteln und dem nothwendigen literarischen Material unterstützt werden. Noch nicht erwähnt ist bisher die Erziehung des Charakters der Agitatorinnen. Es ist eine hohe Aufgabe, den Enterbten das Evangelium des Sozialismus zu verkünden. Die sozialistische Idee muß wie eine Umgestaltung der Gesellschaft, so auch eine Wiedergeburt des ganzen menschlichen Geschlechtes bewirken. Dazu gehört aber, daß unsere Agitatorinnen von aller Selbstsucht und Eigenliebe frei einzig ihrer sozialistischen Mission leben. (Lebhafter Beifall.)

Paul Müller befürwortet seinen oben erwähnten Antrag, der in folgender Form formulirt ist: Die Konferenz beauftragt die Zentral-Vertrauensperson unter Zuhilfenahme praktisch und agitatorisch in der Frauenbewegung thätiger Genossen, in möglichst kürzester Frist einen Leitfaden für die praktische Agitation auf allen Gebieten auszuarbeiten und in geeigneter Form zur Verbreitung zu bringen.

Fräulein Baader: Die Anleitung, die der Antrag Müller verlangt, habe ich schon großentheils den Vertrauenspersonen gegeben, z. B. in Bezug auf die

gewerkschaftliche Organisation. Was der Antrag zusammengefaßt wissen will, habe ich schon im Einzelnen gethan.

Paul Müller-Hamburg zieht seinen Antrag zurück.

Karl v. Oppel-Charlottenburg weist auf die Nothwendigkeit bildlicher Darstellungen in der Agitation, z. B. gegen den Zollwucher, hin.

Frau **Zetkin**: Das Resumé dieser Verhandlungen ist, daß wir alle Einrichtungen fördern müssen, die geeignet sind zur Ausbildung von Agitatorinnen je nach den Umständen und den disponiblen Kräften. In den einzuschlagenden Mitteln und Wegen werden natürlich Verschiedenheiten hervortreten. Wir Alle müssen uns mit Eifer und Pflichttreue die Anregungen der Konferenz zu Nutze machen.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung: **„Gesetzlicher Schutz der Frauen-, Kinder- und Heimarbeit".** Dazu liegen folgende Resolutionen vor:

I. (Arbeiterinnenschutz.) In Erwägung, daß die von der Reichsregierung angeordnete Enquete über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen die Nothwendigkeit wirksamer gesetzlicher Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen neuerlich dokumentarisch bestätigt hat; daß jedoch die in letzter Zeit veranlaßte Erhebung des Reichsamts des Innern über eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen nichtsdestoweniger eine Verschleppung der dringenden Reformen befürchten läßt, ebenso auch ein durchaus ungenügendes Maß an weiterem gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen: fordert die Konferenz sozialistischer Frauen die schleunige weitere Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes durch Festlegung der Reformen, für welche sich der Parteitag der Sozialdemokratie zu Hannover und die Konferenz sozialistischer Frauen zu Mainz erklärt haben und die in einer Eingabe zur Kenntniß des Reichstages gebracht worden sind.

Was insbesondere die unabweisbare Verkürzung der Arbeitszeit anbetrifft, so fordert sie an erster Stelle: Für alle erwachsenen Arbeiterinnen die Einführung des Achtstundentages, der durch eine stufenweise Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 bezw. 9 Stunden für eine kurze, gesetzlich bestimmte Uebergangszeit vorbereitet werden kann; für die jugendlichen Arbeiterinnen die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 4 bezw. 6 Stunden, Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts, in dessen Schulplan Haushaltungsunterricht, Gesundheitslehre und Säuglingspflege einzubeziehen sind.

Die Konferenz sozialistischer Frauen zu München erklärt ferner: daß der existirende Schutz der lohnarbeitenden Schwangeren und Wöchnerinnen weder betreffs der gesetzlichen Schutzfrist noch betreffs der für die Zeit des Erwerbsausfalles gesicherten Fürsorge den zu erhebenden Ansprüchen genügt.

Sie fordert deshalb mindestens: Verbot der Beschäftigung von Frauen 8 Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, 6 Wochen nach der Niederkunft bei Tod- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes. Recht der Schwangeren auf kündigungslose Einstellung der Arbeit 4 Wochen vor der Niederkunft. Verlängerung der Schutzfrist für Schwangere und Wöchnerinnen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, welche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses die Wiederaufnahme der Arbeit vor Ablauf der festgelegten Schutzfrist gestatten. Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge seitens der Krankenkassen durch: Zubilligung eines Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist und in der vollen Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Obligatorische Ausdehnung der betreffenden Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder. Die Möglichkeit dieser Leistungen ist zu schaffen durch Vereinheitlichung der Krankenversicherung, Zusammenschluß der Kassen zu kapitalkräftigen Verbänden, weitgehendes

Selbstverwaltungsrecht der Versicherten und Zuschüsse vom Staat. Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren- und Wöchnerinnenheimen, Beschäftigungsanstalten für stillende Mütter, Organisation der Wöchnerinnen-Hauspflege durch die Gemeinde.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken durch: fleißiges und gründliches Studium der in Betracht kommenden Fragen; Sammlung und Veröffentlichung von Thatsachen, welche die Berechtigung dieser Forderungen begründen; aufklärende mündliche und schriftliche Agitation unter den Arbeiterinnen; Betheiligung an der Gewerkschaftsbewegung und am politischen Kampfe des Proletariats.

II. (Beschwerdekommissionen.) Um den Arbeiterinnen die nöthige Kenntniß der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten zu vermitteln; um ihnen die größte Möglichkeit zur rückhaltslosen Beschwerdeführung über gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und zur Nutzbarmachung der Gewerbeinspektion zu geben; um aus der Klasse des Proletariats weibliche Kräfte für die Gewerbeinspektion zu schulen, erklärt es die Konferenz für wünschenswerth:

1. Daß in allen Industriezentren mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsorganisationen und -Kartellen Beschwerdekommissionen der Genossinnen errichtet bezw. weibliche Mitglieder oder Vertrauenspersonen der gewerkschaftlichen Beschwerdekommissionen ernannt werden.

2. Daß die bestehenden Beschwerdekommissionen und Vertrauenspersonen zur Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas thätig sind und daß das bei ihnen eingegangene, sorgfältig geprüfte Material einer Zentralstelle überwiesen wird, durch welche es der allgemeinen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz nutzbar gemacht werden muß.

3. Daß die Genossinnen der in Betracht kommenden Zentren Vortragskurse über die gesetzlichen Arbeiterinnenschutz-Bestimmungen organisiren, so daß die Frauen der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Beschwerde-Kommissionen und Vertrauenspersonen methodisch vorbereitet und geschult werden.

4. Daß die Genossinnen sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Instanzen in's Einvernehmen setzen und gemeinsam mit ihnen der Prüfung und Durchführung der möglichen Maßnahmen nähertreten.

III. (Kinderschutz.) Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zum Schutz der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabrik ein sozialreformlerisches Pfuschwerk ist, das nicht im Entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesammten Nation: Verbot jeglicher Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirthschaft, bei häuslicher Arbeit und im Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Schuljahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 4, von 16 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts.

IV. (Heimarbeit.) Die Konferenz tritt in der Frage des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit der Resolution des 4. Gewerkschaftskongresses zu Stuttgart bei: Da Heimarbeiterelend in hervorragendem Maße Arbeiterinnenelend ist und die Genossinnen seit langem der Frage der Heimarbeit die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet haben, scheint ihre Mitarbeit an dem bevorstehenden Heimarbeiterkongreß besonders wünschenswerth.

Die Konferenz empfiehlt deshalb den Genossinnen, überall rechtzeitig in Verbindung mit den organisirten Arbeitern die nöthigen Schritte zu thun, damit auch sachkundige Genossinnen als Delegirte an dem Kongresse theilnehmen. Die Konferenz spricht ferner die Ansicht aus, daß aller Schwierigkeiten ungeachtet Versuche zur Organisirung der Heimarbeiterinnen gemacht werden müssen. Als nächster Schritt in dieser Richtung erscheint ihr der Zusammenschluß der Heimarbeiterinnen der einzelnen Berufe in besonderen Sektionen, deren Grundlage die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen sind und die den betreffenden Gewerkschaftsverbänden angegliedert werden. Sie empfiehlt deshalb den gewerkschaftlich thätigen Genossinnen, eine gründliche Diskussion der Frage in den Organisationen anzuregen.

Es wird zunächst über die beiden ersten Resolutionen verhandelt.

Frau Zietz-Hamburg: Ueber die Nothwendigkeit der in der Resolution zum Arbeiterinnenschutz gestellten Forderungen sind wir wohl Alle einig. Der Ausbau des Arbeiterinnenschutzes ist dringlicher als die weitere Ausgestaltung des allgemeinen Arbeiterschutzes. Die Arbeiterinnen sind den Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer gegenüber weniger widerstandsfähig als die Männer. Die heutigen Forderungen sind nicht neu; sie sind schon auf der Mainzer Konferenz und auf früheren Parteitagen erhoben worden. In der letzten Zeit sind auf dem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes so gut wie gar keine Reformen zu Stande gekommen. Auf Seiten der Reichsregierung ist die größte Zaghaftigkeit, um nicht zu sagen Feindseligkeit gegenüber dem Arbeiterinnenschutz zu konstatiren. Um so energischer sind die Scharfmacher, besonders der Zentralverband deutscher Industrieller, an der Arbeit, um auch die geringsten Reformen womöglich wieder rückgängig zu machen. So lange die Frauen nicht mehr als bisher durch das Gesetz geschützt werden, sind sie theilweise geradezu organisationsunfähig. Das gilt z. B. von den Maurer-Handlangerinnen. Eine Frau, deren gesammte Kräfte durch die Lohnarbeit absorbirt werden, ist nicht in der Lage, gewerkschaftlich oder politisch thätig zu sein. Unsere Forderungen bezeichnen das Minimum dessen, was unbedingt verlangt werden muß. Der gesetzliche Arbeiterinnenschutz aber muß ergänzt werden durch die Selbsthilfe, durch die Bethätigung der Frauen in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung. (Beifall.)

Frau Lily Braun: Ich vermisse in unserer Resolution, so sehr ich ihr zustimme, doch einige wesentliche Punkte, und zwar die Abschaffung der Ueberstunden- und der Nachtarbeit und die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags. Diese Forderungen sind ja schon früher erhoben, müssen aber, um Mißverständnisse zu vermeiden, jetzt von uns wiederholt werden. Energisch Bedacht genommen werden muß speziell in der Textilindustrie auf die Einführung von maschinellen und technischen Einrichtungen, die die Gesundheit weniger schädigen, als es bisher der Fall ist. Besonders kommt hier die Gefährlichkeit des Bleiweiß für die Frauen und die werdenden Kinder in Betracht; durch Bleiweiß wird sogar die Muttermilch vergiftet. Das Bleiweiß in der Textilindustrie, z. B. in der Spitzenfabrikation, muß durch Zinkweiß ersetzt werden. Von großer Wichtigkeit ist die Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen. Es ist schon vielfach von einer gesonderten Mutterschaftsversicherung gesprochen worden. Es ist eine rein technische Frage, ob hier eine besondere Versicherung eingerichtet wird oder eine solche im Anschluß an die Krankenkassen. Gegen letzteres scheint mir die enorme Ueberlastung der Krankenkassen zu sprechen. Das zu erstrebende Ziel ist eine allgemeine Mutterschaftsversicherung für das gesammte Volk; diese Versicherung muß von dem ganzen Volk getragen werden, vielleicht durch eine progressive Einkommensteuer, und auch dem ganzen Volke zu Gute kommen. Das wäre ein Schritt zu dem Ideal, die Frau ökonomisch selbständig zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Ebert-Bremen: Bei einer solchen Schaffung von Beschwerdekommissionen, die nach der zweiten Resolution in allen Industriezentren mit

zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft eingerichtet werden sollen, dürfen bestehende Einrichtungen, wie z. B. die Arbeitersekretariate, nicht übergangen werden. Sonst würde der praktische Erfolg dieser Beschwerdekommissionen in Frage gestellt werden. Das ist die Bedingung meiner Zustimmung zu dieser Resolution. Von einem besonderen Antrag sehe ich ab, weil ich meine Forderung für selbstverständlich halte.

v. Oppel weist auf die nothwendige kommunale Unterstützung des Arbeiterinnenschutzes hin. Das gelte auch von der Mutterschaftsversicherung.

Frau Wenzl-Berlin: Ich möchte auf die Lücke in den Schutzbestimmungen für Wöchnerinnen aufmerksam machen. Das Gesetz verbietet den Wöchnerinnen, sofern sie nicht ein ärztliches Attest beibringen können, vor Ablauf von 6 Wochen nach Niederkunft die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Krankenkassen zahlen aber nur 4 Wochen Unterstützung, so müssen die Wöchnerinnen 2 Wochen aus ihrer Tasche leben. Dadurch werden die Frauen früher zur Fabrik getrieben und setzen sie sich durch vorzeitige Anstrengung Unterleibserkrankungen aus. Die Krankenkassen müssen für Unterleibserkrankungen der Frauen enorme Summen ausgeben. Diese Krankheiten hängen vielfach mit der ungenügenden Schutzfrist für Schwangere zusammen. Acht Tage nach der Entbindung wird häufig die Arbeit wieder aufgenommen. Das Wöchnerinnengeld der Krankenkassen muß von vier auf sechs Wochen erhöht werden. Leider kümmern sich die Arbeiterinnen um die Krankenkassen-Organisationen sehr wenig. Eine Beschwerdekommission besteht in Berlin seit 4½ Jahren. Sie ist von uns mit Unterstützung der Gewerkschafts-Kommission gegründet worden. Die Arbeiterinnen kommen mit ihren Beschwerden, die wir dann an die Fabrikinspektion weitergeben, sehr gern zu uns. Leider wird uns in keinem Fall Auskunft gegeben über die Erledigung unserer Beschwerden. Ich möchte zur Diskussion stellen, ob sich nicht eine Zentralisirung des Beschwerde-Kommissionswesens für ganz Deutschland ermöglichen ließe. Dadurch würden wir einen Ueberblick gewinnen und vielleicht hier und da einen Druck auf die Gewerbe-Inspektion ausüben können.

Frau Wehmann-Leipzig: Unsere Leipziger Beschwerde-Kommission sorgt in ausgedehnter Weise für die Aufklärung der Arbeiterinnen über ihre Rechte gegenüber den Unternehmern. Die Arbeiterinnen müssen angeleitet werden, selbst höheren Schutz für sich zu verlangen.

Ebert-Bremen: Die Beschwerde-Kommissionen passen nicht für alle Orte. Es ist schwer, geeignete Frauen zu finden, und die Uebernahme dieser Arbeit bedeutet häufig eine überflüssige Belastung.

Frau Kähler-Chemnitz sieht in der Errichtung von Beschwerde-Kommissionen eine Hauptarbeit für die Gewerkschaftskartelle und theilt ihre günstigen Erfahrungen mit dieser Einrichtung mit. Die sächsische Assistentin, Frl. Dose, habe sich sehr entgegenkommend verhalten. Die Agitation unter den Arbeiterinnen, die sich bei den Beschwerde-Kommissionen Rath holen, sei sehr wirksam.

Frl. Baader-Berlin: Die Resolution giebt nur den Rath, derartige Kommissionen zu errichten und verweist auf die Verständigung mit den Gewerkschaften. Die Befürchtungen Ebert's sind also unbegründet.

Frau Zietz-Hamburg: Unsere Mainzer Resolution über den Arbeiterinnenschutz enthält Alles, was Frau Braun in der vorliegenden Resolution vermißt hat. Die vorliegende Resolution nimmt in der Hauptsache Bezug auf diejenigen Materien, mit denen sich der Reichstag in absehbarer Zeit beschäftigen muß. Außerdem wird ausdrücklich auf die Mainzer Resolution hingewiesen. Seit in den kleinen Werkstuben-Versammlungen in Hamburg die Arbeiterinnen zu Mittheilungen veranlaßt werden, kann der Hamburger Inspektor mit einem Male über Mißstände berichten.

Frau L. Braun schlägt vor, noch folgende Punkte in die Resolution aufzunehmen: Abschaffung der Ueberstundenarbeit für alle Arbeiterinnen; gesetzliche

Forderung der Einführung solcher Vorrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die die Gesundheit der darin Beschäftigten schützen; Ersatz gesundheitsschädlicher, im Arbeitsprozeß zur Verwendung gelangender Materialien durch gesundheitlich indifferente. Auch zu der Frage der Wittwen- und Waisenversorgung sollte man Stellung nehmen und dem Zentrum entgegentreten, das eine gänzlich ungenügende Wittwenversicherung vorgeschlagen hat, um mit diesem jämmerlichen Antrag dem gegen den Zollwucher schreienden Volke den Mund zu stopfen. Für die Frage der Mutterschafts-Versicherung und der Heimarbeit sollten Referenten bestellt sein.

Frau Zetkin: Der Gedanke, welcher der Mutterschafts-Versicherung zu Grunde liegt, ist der Gedanke der menschlichen Solidarität in seiner weitesten Form. Die Verwirklichung dieses Prinzips aber steht in so schreiendem Gegensatz zu dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß wir sie auf ihrem Boden nicht erreichen werden. Die heutige Gesellschaft mißachtet den Werth und die Bedeutung des menschlichen Lebens und stellt den todten Besitz darüber. Die mangelnde gesellschaftliche Schätzung des Menschenlebens trifft besonders die Proletarierin als Mutter. Der Gedanke der Mutterschafts-Versicherung kann erst verwirklicht werden, wenn das Recht des lebenden Menschen über den todten Besitz zur Geltung gebracht sein wird, in einer sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Welche Gestalt diese Fürsorge dann annehmen wird, können wir heute noch nicht entscheiden. Wir müssen zur Sicherung der Mutter und des Säuglings die bürgerliche Gesellschaft auf dem Wege vorwärts drängen, den sie zögernd und widerwillig, mit den kleinsten und erbärmlichsten Schritten bereits betreten hat. Das ist der Weg der Krankenversicherung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Krankenkassen haben bereits erkannt, daß die rechtzeitige Fürsorge für die Schwangeren und Wöchnerinnen für sie eine finanzielle Entlastung bedeutet. Die Mängel des Krankenkassenwesens müssen beseitigt, die Krankenversicherung vereinheitlicht und den Versicherten das weiteste Selbstverwaltungsrecht gegeben werden, dann sind diese Reformen unter finanzieller Mithilfe des Staates möglich. Weiter müssen von den Kommunen Einrichtungen für die Frau als Mutter und für die Säuglingspflege verlangt werden, wie sie in der Resolution gefordert werden. Diese Forderungen sind nicht schematisch für alle Gemeinden zu erheben. Für das Land gelten andere Bedingungen, als für die Stadt. Nicht vom Wohlthätigkeitssport, sondern von den Kommunen verlangen wir Einrichtungen, wie die Säuglingsheime, wo nicht blos Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge die erforderliche Pflege erhalten, sondern auch Hunderte und Aberhunderte von sogenannten alten Jungfern, die ihr mütterliches Gefühl nicht durch die Pflege eines eigenen Kindes ausfüllen können, das intensivste Weibempfinden, die Mutterempfindung dadurch auszuleben vermögen, daß sie den Kindern Anderer Pflege und Fürsorge zu Theil werden lassen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Braun: Bisher hat es nur als Kennzeichen der bürgerlichen Frauenbewegung gegolten, daß sie aus Opportunitätsgründen möglichst wenig forderte, um überhaupt etwas zu erreichen. Wir fordern im Gegentheil Alles, weil wir meinen, daß nur dann etwas zu erreichen ist. Auch die Mutterschafts-Versicherung müssen wir von der heutigen Gesellschaft fordern, in deren Interesse sie auch liegt. Denken Sie an die ungünstigen Rekrutenaushebungen. Die bürgerliche Gesellschaft entsetzt sich über die schreckliche Kindersterblichkeit und die Degeneration ganzer Volksschichten.

Frau Zetkin: Soweit die Sozialdemokratie Reformbestrebungen aufstellt, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zu erfüllen sind, hat sie diesen Opportunismus immer besessen. Die Forderung der Mutterschafts-Versicherung ist durchaus nicht so radikal sozialistisch, wie Frau Braun meint. Niemand tritt reger dafür ein als eine Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung, Frau Schiff in Mailand.

Damit schließt die Diskussion.

Die beiden Zusatzanträge der Frau L. Braun (Verbot der Ueberstundenarbeit und Förderung sanitärer Maßnahmen) werden angenommen, ebenso die so veränderte Resolution in ihrem ersten Theile über Arbeiterinnenschutz. Gleichfalls angenommen wird der zweite Theil der Resolution über die Beschwerde-Kommissionen.

Zur Debatte wird dann Theil 3 der Resolution: Kinderschutz, gestellt.

Frau Zietz-Hamburg tritt in warmen Worten für die geforderte Ausdehnung des Kinderschutzes ein. Die Vorlage der Regierung gewähre einen ganz unzureichenden Schutz, er habe nur das eine Gute, daß die gewerbliche Beschäftigung der Kinder vor der Schulzeit verboten ist. Rednerin erörtert die einzelnen Punkte der oben mitgetheilten Resolution und bittet um einstimmige Annahme.

Frau Greifenberg-Augsburg hält einen längeren Schulbesuch für nothwendig. Im Gegensatz zu den Agrariern, die für Verkürzung des Schulbesuchs eintreten, müsse diese Forderung erhoben werden. Um einer Verkümmerung der Kinder vorzubeugen, müsse jede gewerbliche Beschäftigung der Kinder während der Schulzeit verboten werden. Jetzt geschehe die Ausbeutung der Kinder nicht nur durch die Arbeitgeber, sondern leider auch durch die Eltern. Das Einkommen der Eltern müsse so erhöht werden, daß die Kinder zum Lebensunterhalt nicht mit beizutragen brauchen. Die Degenerirung sei schon so weit vorgeschritten, daß die Aushebungsresultate immer schlechter werden. In den thüringischen Spielwaaren-Industriebezirken blieben die Kinder körperlich und geistig zurück. Hier müsse der Staat endlich eingreifen. Von der Gesammtpartei müsse ein gehöriger Druck auf die Regierung ausgeübt werden.

Die Resolution wird hierauf in ihrem dritten Theile einstimmig angenommen.

Es folgt die Besprechung des 4. Theiles der Resolution: Heimarbeit.

Frau Kähler-Chemnitz: Wir können uns sehr wohl den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses über die Heimarbeit anschließen und können alles Uebrige dem demnächstigen besonderen Heimarbeit-Kongreß überlassen. Was die Organisirung der Heimarbeiterinnen anlangt, so darf man nicht der Meinung huldigen, daß besondere Unterstützungskassen für die verschiedenen Sektionen der Heimarbeiterinnen gegründet werden sollten oder könnten. Diese Sektionen müssen im Anschluß an die Gewerkschaften errichtet werden. Der in Berlin gegründete christliche Verein der Heimarbeiterinnen bildet kein geeignetes Mittel, um das Elend dieser Klasse zu mildern.

Frau Popp-Wien: Die Organisation der Heimarbeiterinnen Wiens ist noch sehr jung, sie ist erst im Frühjahr begründet worden. Entstanden ist diese Organisation aus dem früher bestehenden Verein der Näherinnen. Durch Zettelagitation von Thür zu Thür haben wir die Heimarbeiterinnen zu Versammlungen eingeladen. In der ersten Versammlung erschienen 40 Frauen; es wurde gleich hier ein Komitee von Heimarbeiterinnen errichtet. In der zweiten Versammlung kamen schon über 100 Frauen und heute umfaßt unsere Organisation über 240 Frauen. Wir haben bisher bei keiner Art der Organisation so günstige Erfolge erzielt wie bei den Heimarbeiterinnen. Das rührt wohl daher, daß wir sofort bestimmte Kategorien der Unterstützung festgestellt haben: Kranken-, Schwangeren-Unterstützung, Leichengeld u. s. w. Die Arbeiterinnen-Zeitung ist zum Organ der Heimarbeiterinnen-Organisation bestimmt worden. Auch bürgerliche Kreise Wiens haben an eine Organisation dieser Arbeiterinnen gedacht; aber erstens wird es dazu so bald nicht kommen, und zweitens würde eine solche bürgerliche Organisation keinen Zweck haben, weil sie doch die eigentlichen Arbeiterinnen nicht umfassen würde. Es handelt sich ja nicht nur um die Unterstützung, sondern auch um die Aufklärung der Heimarbeiterinnen. Wir suchen diesen Frauen die sie angehenden sozialen Fragen so mundgerecht wie möglich zu machen, wir vermitteln ihnen die Kenntniß von Broschüren u. s. w. Leider verfügen wir in Oesterreich über weit weniger Agitatorinnen als die deutschen

Genossinnen. Um so werthvoller ist es, wenn unter den Heimarbeiterinnen Genossinnen herangebildet werden, die fähig sind, von Haus zu Haus zu gehen und die noch nicht organisirten Heimarbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Wir haben bis jetzt gute Erfolge erzielt. In den nächsten Monaten sollen auch in den verschiedenen Provinzstädten Zweigvereine der Heimarbeiterinnen-Organisation begründet werden. Wahrscheinlich wird auch bei uns mit der Zeit sich eine Theilung in Sektionen ergeben; vorläufig ist für eine solche Scheidung unsere Organisation noch zu jung. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion, die Resolution zur Heimarbeit wird angenommen. Die Versammlung vertagt die Weiterberathung der Tagesordnung auf Sonntag Vormittag 9 Uhr.

Zustimmungskundgebungen sind eingelaufen vom sozialdemokratischen Verein zu Reichenhall und den sozialdemokratischen Frauen der Schweiz und Belgiens. Die letzteren betonen in ihrer Zuschrift, daß sie den Verhandlungen der Konferenz mit großem Interesse folgen. Die belgische Bewegung sei noch neu und unerfahren; sie betrachte die deutschen Genossinnen als ältere Schwestern, deren Beispiel sie folge.

Zweiter Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung nimmt das Wort

Frau **Lily Braun** zu folgender Erklärung: Eine vielleicht etwas ungeschickt abgefaßte Aeußerung von mir ist mißverstanden worden. Ich habe gesagt, daß die allgemeine Zustimmung zu einer Resolution vielfach nicht die genaue Kenntniß der Materie bezeugt, sondern die Unwissenheit der Theilnehmer über den Inhalt der Resolution. Es ist mir dabei nicht entfernt eingefallen, dem letzten Gewerkschafts-Kongreß, der auf einer solchen geistigen Höhe stand wie wohl keiner seiner Vorgänger, den Vorwurf der Unwissenheit machen zu wollen.

Darauf tritt die Konferenz ein in die Berathung des nächsten Punktes der Tagesordnung: „Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes."

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

a) Frauenwahlrecht.

In Erwägung, daß die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Grundsätze und das Programm der Sozialisten bedingt ist und daß ihre Verwirklichung die Möglichkeit schafft für die unbeschränkte Betheiligung der Proletarierinnen am Befreiungskampfe ihrer Klasse;

in weiterer Erwägung jedoch, daß gerade mit Rücksicht auf die soziale Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechts das Klasseninteresse des Proletariats dem Sonderinteresse der Frau vorangestellt werden muß;

erklärt die Konferenz:

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Forderung kann jedoch nur als ausschlaggebender Punkt des jeweiligen Aktionsprogramms in diesen Kämpfen mit in den Vordergrund gestellt werden, wenn dadurch die Erweiterung und Sicherung des politischen Rechts der Arbeiterklasse nicht gefährdet wird.

b) Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Konferenz erhebt nachdrücklich Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung an-

weisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskunststücke das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierin aufs Aeußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werkthätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich Zulässiges und Verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohne Gleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz, das auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

Das Referat erstattet

Frau Zetkin: Wir haben diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, weil bei den letzten Kämpfen um die politische Gleichberechtigung des Proletariats in Belgien, Schweden und auch bei uns in Deutschland das Frauenstimmrecht in einer Weise in den Hintergrund getreten ist, die nicht im Einklang steht mit dem Wesen unserer Bewegung und den praktischen Interessen der Arbeiterklasse. Künftighin wird aber in den Kämpfen des Proletariats um die Erweiterung seiner politischen Rechte das Frauenstimmrecht eine größere Rolle spielen als bisher. Diese Frage wird in den Vordergrund geschoben werden gerade von den reaktionärsten Parteien. In England tritt seit lange ein sehr ansehnlicher Theil der konservativen Partei für das Frauenstimmrecht ein, in Belgien ist ein großer Theil der Klerikalen dafür, und bei uns hat selbst Herr v. Kardorff, der Gründer der Laurahütte, ein Reaktionär von reinstem Wasser, erklärt, daß man sich mit dem Frauenstimmrecht befreunden könne. Die reaktionären Parteien aber suchen höchstens ein verfälschtes Frauenstimmrecht durchzusetzen. Die Sozialdemokratie muß auch dieser Frage gegenüber die äußersten Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen, sie darf nicht die Hälfte der Staats- und Gemeindebürger von den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften ausschließen. Die deutsche Sozialdemokratie darf sich im Kampfe um die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht von reaktionären Parteien schlagen lassen. Erst das Frauenstimmrecht fordert die Aufklärung und Organisation der Frauen heraus und ermöglicht ihre unbeschränkte Theilnahme am politischen und wirthschaftlichen Klassenkampfe. Wir dürfen nicht auf dem Standpunkt stehen, die Frau sei noch nicht reif für das politische Stimmrecht. Das Stimmrecht ist nicht Zuckerbrot für politische Einsicht und Wohlverhalten, sondern Mittel zur politischen Erziehung und zur politischen Macht der Proletarierinnen. Die Forderung des Frauenstimmrechts muß in der parlamentarischen Aktion und außerparlamentarischen Agitation unserer Partei mit allem Nachdruck vertreten werden, damit wir die Köpfe der Massen revolutioniren und die Frauen darauf vorbereiten, einst von den Stimmzetteln auch den rechten Gebrauch zu machen. Durch die praktische Nothwendigkeit des Kampfes sind wir aber gezwungen, das höhere Interesse des Proletariats den Forderungen des weiblichen Geschlechtes voranzustellen. Politische Fortschritte dürfen nicht deshalb abgelehnt werden, weil sie nicht verknüpft sind mit der Verwirklichung des Frauenstimmrechtes. Weiter verlangen wir ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht auf wirthschaftlichem und politischem Gebiet, ein Recht, das Männer und Frauen mit gleichem Maße mißt. In bürgerlich-sozialreformerischen Kreisen werden auch diese Forderungen bürgerlich verhunzt, indem man nur für das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen auf wirthschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete, nicht auf politischem Gebiete eintritt. Mit einer so reaktionär verzopften Reform können wir uns nicht begnügen. Es giebt ja auslegungs-

kundige Juristen genug, die aus jeder unliebsamen Bethätigung der Frau eine verbotene politische Bethätigung zu machen wissen. Das bischen Vereins- und Versammlungsrecht, das die Frauen in einzelnen Staaten schon jetzt besitzen, muß voll ausgenutzt werden. Vor allen Dingen protestiren wir gegen das zweierlei Recht für Bourgeoisiedamen und Proletarierinnen. Uns muß recht sein, was frauenrechtlerischen Spielereien, reaktionären Flottenparaden und dem Sedanfestrummel mit weiblichen Theilnehmern billig ist. Allen Schichten der weiblichen Bevölkerung muß mit gleichem Maße gemessen werden. Dadurch werden wir unserem Ziel näher kommen, der vollen politischen Gleichberechtigung beider Geschlechter! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau Popp-Wien: Das, was Frau Zetkin gesagt hat, ist auch den österreichischen Genossinnen aus der Seele gesprochen. Auch wir haben keine politischen Rechte. Seit die Christlich-Sozialen am Ruder sind, haben die Frauen auch das bischen Kommunalwahlrecht, wo sie es hatten, verloren. Mit aller Kraft und aller Begeisterung kämpfen auch wir um politische Rechte. Was das Versammlungsrecht anlangt, so wird es in Oesterreich keinem Kommissar einfallen, aus einer politischen Männerversammlung, sei sie nun Vereins- oder öffentliche Versammlung, eine Frau hinauszuweisen oder am Reden zu hindern. Nur Mitglieder politischer Vereine dürfen wir nicht werden. Statt dessen nehmen wir Gastkarten und zahlen so unsere Beiträge. Auch unsere Zeitung verkaufen wir unter den Augen der Regierungsvertreter in den Versammlungen trotz des Kolportageverbots. Fällt mal Eine hinein, so werden die paar Gulden Strafe bezahlt oder die paar Stunden abgesessen. Je mehr Siege unsere Männer erkämpfen, um so eher werden die Frauen ihre Rechte erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Karl v. Oppel tritt für die politische Gleichberechtigung der Frau ein.

Hengsbach-Köln bringt auf Wunsch der Duisburger Genossen einen Fall von Beeinträchtigung des Versammlungsrechtes der Frauen zur Sprache. Jeder politische A-B-C-Schütze weiß, daß die Frauen an öffentlichen politischen Versammlungen ungehindert theilnehmen dürfen. Nur manche Beamte scheinen noch immer nicht über die Gesetze orientirt zu sein, die sie hüten sollen. So wurden die Frauen in Lahr aus einer öffentlichen Versammlung, in der am 10. November v. J. über den Parteitag in Lübeck berichtet werden sollte, von dem überwachenden Polizeibeamten entfernt. Der Bürgermeister und der Landrath erklärten auf Beschwerden übereinstimmend, daß der Beamte sich im Rechte befunden habe. Erst der Regierungspräsident schaffte Remedur. Jeder derartige Uebergriff muß auf's Schärfste zurückgewiesen und bis zur höchsten Instanz Beschwerde erhoben werden. (Bravo!)

Frau Schlesinger: Das uneingeschränkte Vertrauen, daß die männlichen Sozialdemokraten uns zur richtigen Zeit das Wahlrecht verschaffen werden, kann ich nicht uneingeschränkt theilen. Wir haben ja in Belgien gesehen, wie sich bewährte Genossen, die das Vertrauen der internationalen Sozialdemokratie genießen, zum Frauen-Wahlrecht verhalten haben, ein Verhalten, das wir als Fernstehende nicht ohne Weiteres verurtheilen wollen, das aber doch zu Bedenken Anlaß giebt. Ich weiß nicht, ob es bei uns anders gehen würde. Wenn ein österreichischer klerikaler Machthaber dem Beispiel der belgischen Klerikalen folgen und die radikalen Parteien durch die Verleihung des Frauen-Stimmrechts in die Enge treiben wollte, so bin ich offen gesagt im Zweifel, ob unsere Genossen da Stand halten werden. Deshalb gefällt mir der letzte Absatz der Resolution nicht. Sie müßte schärfer gefaßt werden. Wir sollten doch nicht selber die Thür aufmachen, durch die man sich retten kann von Verpflichtungen, die hochgehalten werden müssen. (Bravo!)

Frau L. Braun: Wir können die Resolution so wie sie ist, mit gutem Gewissen annehmen. Der letzte Absatz drückt ja nur aus, daß die besonderen Fraueninteressen zurückzustehen haben, wenn die allgemeinen Partei-Interessen wichtiger sind. Das ist für uns Alle selbstverständlich, die wir in erster Linie Sozialdemo-

ländliche Parteigenossen sind. Die beiden Resolutionen sollten durch Akklamation angenommen werden. Ich bedauere nur, daß die Frage des Frauen-Wahlrechts nicht immer wieder in den Vordergrund gerückt wird. Sie muß bei der Frauenagitation eine besondere Rolle spielen. Die Arbeiter brauchen nicht einem Gefühl der Ritterlichkeit zu folgen, sondern handeln im wohlverstandenen eigensten Interesse, wenn sie das Frauen-Stimmrecht fordern. Wenn einmal die Zeit kommt, wo den Frauen wirklich das Wahlrecht wird, würden die Arbeiter es am schärfsten spüren, wenn sie nicht die Ersten wären, die dieses Recht fordern und die Frauen genügend aufklären. (Bravo!)

Frau Zietz-Hamburg: Gerade diejenigen Genossinnen, die in der praktischen Agitation stecken, fühlen fast täglich, wie nothwendig volles Vereins- und Versammlungsrecht für die Arbeiterinnen ist. Die Interpretationskünste der Behörden schaffen da jetzt einen ungeheueren Wirrwarr. Dazu kommt die Buntscheckigkeit des Vereinsrechts in Deutschland. In Preußen haben die Frauen in einer ganzen Reihe von Orten an keiner öffentlichen politischen Versammlung trotz des klaren Wortlautes des Vereinsgesetzes theilnehmen können. So im ganzen Regierungsbezirk Arnsberg. In einer Volksversammlung mit politischem Thema, in der etwa ein halbes Dutzend Frauen anwesend waren, verlangte der überwachende Beamte die Entfernung dieser Frauen. Selbst die bedienende Frau des Wirthes mußte den Saal verlassen. Darnach konnte ich als Rednerin ungehindert meinen Vortrag halten. (Heiterkeit.) Zu der ungeheueren Verwirrung in den Köpfen der überwachenden Beamten hat nun die bekannte Rede des Ministers Freiherrn v. Hammerstein noch sehr viel beigetragen. Diese Rede mit der Forderung eines besonderen „Segmentes" für die Frauen hat die Theilnahme von Frauen an öffentlichen Versammlungen vielfach noch mehr eingeschränkt. Ebenso oder noch schlimmer als in Preußen steht es in anderen Bundesstaaten. In Braunschweig können Frauen auf Grund der bestehenden Bestimmungen an keiner Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, theilnehmen. Und was versteht man dort alles unter öffentlichen Angelegenheiten! Auch hier in Bayern hat man selbst nach der Reform des bayerischen Vereinsgesetzes noch lange in alter Weise fortgewurstelt. Gegen alle Versuche, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen noch weiter einzuschränken, müssen wir mit Nachdruck protestiren. Weiter aber fordern wir ein volles Vereins- und Versammlungsrecht für die Frau, die einen so außerordentlich wichtigen Faktor im Produktionsprozeß bildet. Ich bitte Sie, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Thiel-Tempelhof führt Beispiele aus dem Wahlkreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg an, in denen die Entfernung von Frauen aus politischen Versammlungen verlangt oder angeordnet wurde, daß die Frauen sich auf die Galerie begäben. Rednerin selbst durfte zunächst als Delegirte im Saale verbleiben, mußte aber nachher auf der Galerie Platz nehmen. (Heiterkeit.)

Ledebour-Berlin: Die Bedenken der Genossin Schlesinger theile ich nicht. Aus den bisherigen Reden geht hervor, daß alle anwesenden Delegirten, männliche wie weibliche, für die Durchführung des Frauen-Stimmrechts eintreten und daß für uns unter keinen Umständen solche Bedenken gelten, wie sie in Belgien bestanden und zur Kritik Anlaß gegeben haben. Die Ansicht des Genossen Hengsbach, daß die überwachenden Beamten mit den Gesetzen vertraut seien, ist nach meinen Erfahrungen irrig. Wir müssen vielmehr mit der Voraussetzung rechnen, daß die Beamten die Gesetze nicht kennen. Das hängt mit Gründen der höheren Staatsraison zusammen, in deren Interesse es liegt, daß möglichst viel öffentliche Versammlungen aufgelöst werden. Rechtmäßige Gründe zur Auflösung sind aber nur selten zu finden; da ist es denn sehr nützlich, daß der Beamte die Gesetze nicht kennt (Heiterkeit) und auflöst ohne gesetzliche Gründe. Bei uns in Deutschland werden gewöhnliche Leute wegen Gesetzesverletzungen bestraft, auch wenn sie die Gesetze nicht gekannt haben. Das gilt aber nicht für

die Beamten. Diese können die Gesetze straflos verletzen, wenn sie nur in gutem Glauben handeln. (Sehr richtig!) In diesem guten Glauben aber befinden sich deutsche Beamte immer. (Große Heiterkeit.) Spätere Rekriminationen bei den höheren Behörden werden, selbst wenn sie zur Rektifizirung des betreffenden Beamten führen, dem Publikum nie bekannt. Nach meiner Erfahrung sind auch Beamte durch eine solche Rektifizirung noch nie irgendwie geschädigt, sie blühen, gedeihen und nähren sich weiter wie zuvor. (Heiterkeit.) Die Beamten, die in ungesetzlicher Weise auflösen, besorgen aber nur unsere Geschäfte. Die Gesetzesunkenntniß geht ja noch viel höher hinauf. Das ist erklärlich; wenn heute ein Minister ersetzt werden muß, so greift man blindlings in den nächsten Haufen Generale hinein. (Heiterkeit.) Die berühmte Rede des Freiherrn v. Hammerstein hat den preußischen Staat auf diejenige Kulturhöhe erhoben, die bei den alten Juden schon vor 2000 Jahren bestand. (Große Heiterkeit.) Das Hammerstein'sche Segment entspricht genau dem Synagogen-Recht, wo auch die Frauen ihr besonderes „Segment" hatten. (Erneute Heiterkeit.) Die Beamten in Preußen und Sachsen sind so vorzügliche Agitatoren für die Sozialdemokratie, daß wir nur wünschen können, daß an dieser vollständigen Verworrenheit der Gesetze und der Gesetzesauslegung nicht so bald etwas sich ändere. Ein besseres Agitationsmaterial, besonders für die Aufrüttelung der Frauen, können wir gar nicht bekommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau Kähler-Chemnitz: Die gewerkschaftliche und politische Entwickelung wird bei uns in Sachsen sehr erschwert durch das Verbot der Theilnahme von Minderjährigen. Auch liegt es ganz in der Hand des überwachenden Beamten, ob er eine gewerkschaftliche Versammlung für eine politische erklären will oder nicht. Wir müssen unausgesetzt für die Frauenforderungen Propaganda machen, damit auch die obersten Kreise das Demüthigende des jetzigen Zustandes endlich erkennen lernen. (Bravo!)

Die Resolutionen a und b werden einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung: Verschiedenes.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

Die unerhörte Steigerung der Fleischpreise droht den ohnehin geringen Fleischkonsum des Proletariats in einer Weise einzuschränken, welche nicht nur Gesundheit und Kraft des arbeitenden Volkes schwer schädigt, sondern auch die wirthschaftliche Lage vieler kleiner Existenzen untergräbt. Diese allgemeine Noth, hervorgerufen durch die Begünstigungen, welche dem Großgrundbesitz auf Kosten der übrigen Bevölkerung zugewendet werden, macht es allen Frauen, insbesondere allen Proletarierinnen, zur Pflicht, energisch Protest zu erheben gegen Regierungsmaßregeln wie die Viehsperre, welche dem Reichen giebt, was dem Armen genommen wird.

Die Frauenkonferenz beschließt:

Dem Münchener Parteitag diese Resolution zu unterbreiten und zu beantragen, daß im ganzen Lande Volksversammlungen einberufen werden, um sich mit dieser Materie zu beschäftigen und gegen eine solche Politik lebhaft zu protestiren.

Die sozialdemokratische Fraktion wird ersucht, bei Eröffnung des Reichstages eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten. Berliner Parteigenossinnen.

Außerdem haben die Görlitzer Parteigenossinnen einen Antrag eingebracht: „die Gleichheit in Zukunft populärer zu gestalten".

Zur Begründung der Resolution nimmt das Wort

Frau Zetkin: Die Resolution ist nicht gestellt worden, um der Stellung des Parteitages irgendwie vorzugreifen. Es handelt sich darum, daß die Versammlung der Vertreterinnen der proletarischen Frauen ihre Stimme erhebt und erklärt: Fort mit der Viehsperre, fort mit der ganzen agrarischen Beutepolitik! Ich möchte die Annahme der Resolution empfehlen mit folgendem Zusatz:

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden ersucht, die Abschaffung bezw. die Sistirung des Oktrois auf Fleisch und Fleischwaaren zu beantragen.

Die Resolution wird mit dem Zusatzantrag Zetkin einstimmig angenommen.

Frau Gregor-Görlitz befürwortet den Antrag der Görlitzer Genossinnen. Die „Gleichheit" müsse besonders in ihrem letzten Theile einfacher geschrieben und dem Verständniß der proletarischen Frauen mehr als jetzt angepaßt werden.

Frau Zetkin: Die „Gleichheit" ist in erster Linie ein Organ zur Schulung der im Kampfe stehenden Genossinnen; sie soll sie theoretisch schulen, ihnen eine Richtschnur für die Praxis der Theorie geben. Aber in jeder Nummer ist ein einfacher, schlichter Artikel enthalten, der zur Agitation unter den Arbeiterinnen bestimmt ist. Gewiß könnte in dieser Hinsicht noch mehr geschehen. Aber dies ist in erster Linie eine Frage Ihrer Mitarbeit. Arbeiten Sie Alle, so viel wie nur möglich, an der „Gleichheit" mit, die Genossinnen werden arbeitend lernen.

Der als Gast anwesende Delegirte Wolf-Bochum hebt hervor, daß die „Gleichheit" für die breite Frauenwelt nicht recht geeignet sei. Auch in der Parteipresse würde den Frauen zu wenig geboten.

Frau Zietz-Hamburg: Die „Gleichheit" soll ein führendes Organ für die fortgeschritteneren Genossinnen sein. (Sehr richtig!) In ihrem ersten Theil muß sie zu allen Tagesfragen Stellung nehmen. Im zweiten Theil ist die Sprache so populär, so verständlich, daß sie auch von den einfachsten Frauen verstanden werden kann. Zu einem Familienblatt aber kann die „Gleichheit" nicht ausgestaltet werden. (Bravo!)

Der Antrag Görlitz wird hierauf gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Frau Zietz-Hamburg beantragt zur Interpretation der Resolution des Mainzer Parteitages bezüglich der Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen folgende Resolution, die dem Münchener Parteitag zur Annahme vorgelegt werden soll:

> „Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß durch das Organisationsstatut, das der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht nicht berührt wird, zur einheitlichen und planmäßigen Betreibung der Agitation unter den proletarischen Frauen eine eigene Vertrauensperson zu wählen."

In Hamburg ist die Meinung vertreten, daß in denjenigen Bundesstaaten, wo wie in Hamburg, Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen, die Frauen Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine werden können, es nicht nothwendig ist, eine besondere weibliche Vertrauensperson zu wählen. Man ist der Ansicht, daß sich die Mainzer Resolution nicht auf die männlichen, sondern auf die weiblichen Vertrauenspersonen bezieht. Aber auch in den Ländern mit freierem Versammlungsrecht fordern wir nicht aus Eigenbrödelei, sondern aus dem Bedürfniß der Agitation heraus eine weibliche Vertrauensperson. Die falsche Interpretation des Mainzer Beschlusses soll durch unsere Resolution beseitigt werden. (Beifall.)

Die Resolution wird nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag von Frau Greifenberg wurde Frl. Baader zur Zentral-Vertrauensperson für Deutschland in Anerkennung ihrer ausgezeichneten Leistungen einstimmig wiedergewählt.

Frau Popp-Wien ladet zu der zweiten sozialdemokratischen Frauenkonferenz Oesterreichs, die zu Ostern in Wien stattfindet, Vertreterinnen der deutschen Sozialdemokratie ein, die der herzlichsten Aufnahme gewiß sein dürften. (Beifall.)

Vorsitzende Frau Zetkin-Stuttgart: Wir sind am Schlusse unserer Berathungen angekommen. Unsere Arbeit kann nicht gemessen werden an der Arbeitsleistung der großen deutschen Parteitage. Unsere proletarische Frauen-

bewegung ist noch jung und muß durch Erfahrung lernen. So muß auch betreffs der Organisirung und der Vorbereitung der Frauenkonferenzen noch Manches besser werden. Aber die hervorgetretenen Fehler gehören zu denen, von denen Auer einmal sagte: sie seien dazu da, um gemacht zu werden. (Heiterkeit.) Die praktische Erfahrung birgt die zukünftige Besserung in sich. Wir können mit den Ergebnissen der Münchener Konferenz zufrieden sein. Unsere Verhandlungen über die Heranbildung von Agitatorinnen und über die praktische Reformarbeit werden von Bedeutung sein für die Entwickelung der proletarischen Frauenbewegung. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die Genossinnen nicht genügend auf diese Debatten vorbereitet gewesen seien. Dieser Vorwurf muß zurückgewiesen werden. Allerdings haben nicht alle Genossinnen ihre Rede damit eingeleitet, daß sie auf Grund eingehender Studien sprächen. Trotzdem haben alle Genossinnen mit großer Sachkenntniß gesprochen, die ihrer praktischen Reformthätigkeit entsprang. Sie mußten sich ja kurz fassen wegen der Knappheit der Zeit und konnten es thun, weil es sich nur um innerhalb der Arbeiterbewegung schon seit langem diskutirte Fragen handelte. Wir mußten Stellung nehmen zu den Fragen, die durch die politische Situation in den Vordergrund des nächsten praktischen Tageskampfes geschoben sind. Diese Stellungnahme war besonders nothwendig angesichts des Gethues und Gehabes der bürgerlichen Sozialreformer. Die Frauenkonferenz mußte bekräftigen, daß sie nicht die Ansicht jener bürgerlichen Auchsozialreformer theilt, die mit gleicher Inbrunst dem reaktionären Reichsamt des Innern, das sich mit 12 000 Mark subventioniren ließ, zugethan sind und nebenbei manchmal auch ein wenig den Bruder Arbeiter oder die Schwester Arbeiterin an ihr professorales Herz zu drücken geruhen. Wir mußten Stellung nehmen gegenüber jenen Sozialreformern, die ihr soziales Herz erst dann entdecken, wenn sie in Folge des Waltens jener Schicksalskräfte, die in Herrn von Lukanus verkörpert sind, ihr Ministerportefeuille verloren haben. (Heiterkeit und Beifall.) Wir proletarischen Frauen haben klipp und klar erklärt, was wir fordern. Wir haben uns begnügt mit der Forderung solcher Reformen, die geeignet sind, das Proletariat geistig, sittlich und wirthschaftlich im Klassenkampfe zu kräftigen. Wir haben uns nicht auf solche Reformforderungen eingelassen, die aus der utopistischen Auffassung hervorgehen, als könne man in den Klassenstaat der Gegenwart ein kleines Stückchen des sozialistischen Zukunftsstaates einschmuggeln. Unsere Konferenz hat damit bewiesen, daß sie Fleisch vom Fleische der gesammten deutschen Sozialdemokratie ist. In der proletarischen Frauenbewegung ist der Odem des proletarischen Befreiungskampfes lebendig. Wir dürfen die stolze Ueberzeugung hegen, daß heute am Webstuhl der Zeit nicht nur thätig sind jene objektiv wirkenden Kräfte, die die Vorbedingungen schaffen für die Befreiung alles Lebendigen, sondern auch jene geistigen, lebendigen Kräfte, die eines Tages befähigt sind, die heutige Gesellschaftsordnung abzulösen und zu ersetzen durch eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für Alle. In der Zuversicht, die uns diese Ueberzeugung giebt, wollen wir Alle gestärkt und gekräftigt mit neuem Muth, mit frischer Begeisterung an die Arbeit gehen, die uns in der Zukunft erwartet. Das bekunden wir auf's Neue durch den Ruf: Die proletarische Frauenbewegung, die nur ein Theil der allgemeinen sozialistischen Bewegung ist, die sozialdemokratische, internationale, revolutionäre Bewegung, sie lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein und nehmen die Ausführungen der Rednerin mit stürmischem, anhaltendem Beifall auf.)

Darauf erklärt die Vorsitzende Frau Zetkin die Frauenkonferenz für geschlossen. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Sprech-Register.

Die mit einem * versehenen Zahlen beziehen sich auf die Frauenkonferenz.

Sach-Register.

Bei den mit einem * versehenen Zahlen sind die entsprechenden Anträge zu finden.